

VOLKSBLATT **SPLITTER**

Strafverfahren wird eingestellt

GRETZENBACH – Nach dem Tod von sieben Feuerwehrmännern beim Einsturz einer Tiefgarage von Ende November 2004 in Gretzenbach wird niemand zur Verantwortung gezogen. Ein Gutachten stellte an der Garage Baumängel fest, diese sind aber strafrechtlich verjährt. Die Solothurner Staatsanwaltschaft präsentierte gestern die Ergebnisse des bautechnischen Gutachtens, das sie nach dem Unglück vom 27. November 2004 in Auftrag gegeben hatte. Danach führten unter anderem Mängel bei der Planung und beim Bau der Einstellhalle zum Einsturz. Der Brand alleine habe diesen nicht verursacht. Für die Staatsanwaltschaft besteht daher die Möglichkeit, dass sich die am Bau Beteiligten durch sorgfaltswidriges Verhalten strafbar gemacht haben könnten. Wegen Verjährung des entsprechenden Straftatbestands soll das eingeleitete Strafverfahren jedoch eingestellt werden. (sda)

Verdacht nicht bestätigt

FRIEDRICHSHAFEN – Nach dem Giftanschlag auf das Bodensee-Trinkwasser mit Unkrautvernichtungsmitteln gibt es weiterhin keine klaren Hinweise auf den Täter. Die Polizei hat den Bauern, dessen Hof sie am Montag durchsuchte, nicht verhaftet. Die Ermittler schliessen jedoch auch nicht völlig aus, dass der Mann zwei Fünf-Liter-Kanister mit Pflanzenschutzmitteln im Bodensee versenkt haben könnte. Diese waren am 9. November in 75 Meter Tiefe unmittelbar vor dem Ansaugrohr für die Bodensee-Wasserversorgung bei Sipplingen von einem Spezialtaucher geborgen worden. (spa)

UN-Bericht kritisiert US-Militäraktionen im Westirak

NEW YORK – Ein Bericht der Vereinten Nationen hat den irakischen und den US-geführten internationalen Streitkräften vorgeworfen, bei ihren Militäroperationen im Westirak gegen das Völkerrecht verstossen zu haben. Die Truppen hätten im Oktober in der Provinz Anbar Ärzte festgenommen und medizinische Einrichtungen besetzt, heisst es in einem am Montag veröffentlichten Bericht der UN-Mission für den Irak. Das Vorgehen der irakischen und der US-geführten Streitkräfte habe «negative Auswirkungen auf die Menschenrechte». Mehr als 10 000 Familien seien in den Unruheprovinzen Anbar und Nineveh vertrieben worden. In dem Bericht heisst es weiter, die multinationalen Streitkräfte hielten derzeit 11 559 Gefangene fest. Bei Terroranschlägen und willkürlicher Gewalt seien im Irak seit 2004 etwa 26 000 Menschen getötet oder verletzt worden. Seit der Invasion im März 2003 seien 30 000 Zivilpersonen ums Leben gekommen. Quellen für diese Angaben führt der fünfseitige Bericht nicht auf. (AP)

Durchbruch für Palästina

Israel und Palästinenser einig über Grenzöffnung für Gazastreifen

JERUSALEM – US-Aussenministerin Condoleezza Rice hat bei ihrem Besuch im Nahen Osten die Öffnung der Grenzen des Gazastreifens vermittelt. Der Kontrollpunkt Rafah an der Grenze zu Ägypten soll am 25. November wieder geöffnet werden.

Rice sprach gegenüber Journalisten in Jerusalem von «einem grossen Schritt, nach vorn». Die US-Aussenministerin hatte ihren Aufenthalt in der Region verlängert, um in nächtlichen Verhandlungen mit Israelis und Palästinensern eine Lösung auszuarbeiten. In dem jetzt getroffenen Abkommen einigten sich Israelis und Palästinenser auf eine Videoüberwachung am Grenzübergang Rafah. Israelische und palästinensische Offiziere sollen demnach an einem mehrere Kilometer entfernten Ort über Kameras den Übergang überwachen.

Beide Seiten zufrieden

Die Palästinenser hatten darauf bestanden, dass die Israelis nicht direkt in Rafah eingesetzt werden. Der Vereinbarung nach soll nun tatsächlich kein Israeli mehr dort sein, wohl aber EU-Beobachter und internationale Sicherheitskräfte unter italienischem Kommando.

Auch Waren sollen über den Grenzpunkt nach Ägypten exportiert werden. Von Mitte Dezember an ist auch ein Transitverkehr für



Condoleezza Rice und Silvan Shalom freuen sich über den Durchbruch.

Busse und Lastwagen zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland vorgesehen. Zudem soll mit dem Bau eines Seehafens und Gesprächen über einen Wiederaufbau des Flughafens begonnen werden. Das Abkommen werde «das Leben der Palästinenser erleichtern», sagte der Sprecher des palä-

stinensischen Präsidenten Mahmud Abbas, Nabil Abu Rudeina. Auch der israelische Industriellenverband sprach von einem «positiven Schritt».

Calmy-Rey: Lage «katastrophal»

Der Grenzübergang Rafah ist die einzige Landverbindung in den Ga-

zastreifen, die nicht über Israel führt. Die 1,3 Millionen Palästinenser im Gazastreifen erhalten dank der Einigung die Möglichkeit, das seit September abgeriegelte Gebiet wieder zu verlassen.

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey bezeichnete bei ihrem Besuch in Israel die soziale und wirtschaftliche Situation im Gazastreifen als «katastrophal». Die Einigung zur Grenzöffnung soll mithelfen, die Lebensbedingungen der Palästinenser im Gaza-Streifen zu verbessern.

Abbas kritisiert Israel

Das Abkommen ist einer der wenigen Lichtblicke im Nahost-Konflikt, nachdem dort die Gewalt zuletzt wieder zugenommen hatte. Nur wenige Stunden nach der Abreise von US-Aussenministerin Rice kritisierte indes der palästinensische Präsident Abbas Israel in scharfer Form. Das Beharren auf einer Entwaffnung radikaler palästinensischer Gruppen als Bedingung für Friedensverhandlungen zeige die Entschlossenheit Israels, «die Palästinenser einen Bürgerkrieg durchmachen zu lassen», sagte Abbas. Israel verhalte sich so, als ob es keinen Friedenspartner habe. Abbas hat mehrfach gewarnt, der Versuch einer Entwaffnung könne zu Gefechten unter Palästinensern führen. (sda)

Notstand bis Anfang Februar verlängert

Abstimmung in der Nationalversammlung – Sarkozy ruft zur Geschlossenheit auf

PARIS – Das französische Parlament hat am Dienstagabend die Verlängerung des Ausnahmezustands um drei Monate beschlossen. Die neue Regelung soll am 21. November in Kraft treten, wenn die derzeitige Notstandsverordnung ausläuft.

Der Entscheidung war eine heftige Debatte vorausgegangen. Schliesslich stimmten 346 Abgeordnete dafür und 148 dagegen. Innenminister Nicolas Sarkozy von der konservativen Regierungspartei erklärte, die Verlängerung sei notwendig, um die seit mehr als zwei Wochen anhaltenden Ausschreitungen jugendlicher in den Griff zu bekommen. Die Sozialisten betonten dagegen, dass die Unruhen langsam abebb-



Frankreichs Innenminister Nicolas Sarkozy erreichte, was er wollte.

ten. Heute Mittwoch muss nun noch der Senat über die Regierungsvorlage entscheiden.

Sarkozy rief in seiner Rede vor der Nationalversammlung die Nation zur Geschlossenheit auf. Frankreich sei mit einer äusserst komplexen Krise des städtischen Zusammenlebens konfrontiert. Seit Beginn der Unruhen am 27. Oktober seien 2700 Personen festgenommen worden, teilte der Innenminister mit. Von diesen seien 75 bis 80 Prozent zuvor schon mehrfach wegen unterschiedlicher Delikte aufgefallen. Sarkozy hatte die Randalierer zu Beginn der Unruhen als «Gesindel» bezeichnet, was die Empörung in den Einwanderervierteln zusätzlich angeheizt hat. Auch

die Polizeiführung sprach sich nach der 19. Nacht der Unruhen für eine Verlängerung des Notstands aus. Diese ermächtigt die Behörden, Ausgeh- und Versammlungsverbote für einzelne Kommunen zu verhängen. Davon machten in den letzten Tagen etwa 40 Städte Gebrauch. Die vergangenen Nächte hätten gezeigt, dass der Notstand wirkungsvoll sei, sagte Polizeichef Michel Gaudin. Die Situation normalisiere sich allmählich.

In der Nacht zum Dienstag wurden nach seinen Angaben aber erneut 215 Autos in Brand gesetzt, davon 60 im Grossraum Paris. In der Nacht zuvor waren es 284, auf dem Höhepunkt der Unruhen sogar 1400 in einer Nacht. (AP)

König entschied

Abdulla II. hat alle Berater entlassen

AMMAN – Der jordanische König Abdullah II. (Bild) hat sechs Tage nach den Terroranschlägen in drei Hotels in Amman alle seine Berater entlassen. Dies gab die Regierung in Amman am Dienstag bekannt.

Die Entlassungen kommen nicht überraschend. Allerdings glauben jordanische Beobachter, dass der König diese wegen der Anschläge schneller und radikaler als geplant vollzogen hat. Zwei der Berater waren mit Sicherheitsfragen befasst. Das jordanische Staatsfernsehen berichtete unterdessen, das Königreich habe seine Vorschriften für Ausländer verschärft. Wer an Ausländer vermiete, müsse dies ab sofort dem Innenministerium mel-

den. Ausserdem plant die jordanische Führung ein Anti-Terror-Gesetz. Drei Iraker hatten sich am vergangenen Mittwoch in drei westlichen Hotels in Amman in die Luft gesprengt und dabei 57 Menschen mit in den Tod gerissen, darunter zahlreiche jordanische Hochzeitsgäste. (sda)



++++ Zu guter Letzt... +++++

Darwin-Schildkröte Harriet wird 175

SYDNEY – Australien hat am Dienstag den 175. Geburtstag der wahrscheinlich ältesten Schildkröte der Welt gefeiert. Zur Feier mit hunderten Gratulanten erhielt Harriet im Zoo bei Brisbane einen Geburtstagskuchen in Schildkrötenform und Hibiskusblüten.

Harriet war 1835 im zarten Alter von fünf Jahren vom britischen Naturforscher und Begründer der Evolutionstheorie Charles Darwin persönlich von den Galapagosinseln nach England gebracht worden – zusammen mit zwei weiteren Riesenschildkröten, Tom und Dick. Darwin hielt

alle drei Schildkröten für männliche Exemplare. Erst in den fünfziger Jahren – Harry war damals bereits weit über 100 Jahre alt – wurde der Irrtum festgestellt, und aus Harry wurde Harriet. Wegen ihres hohen Alters ist Harriets Jugend nur lückenhaft überliefert, Gentests bürgen jedoch für ihr Alter und ihre Herkunft. (sda)



ANZEIGE

VOLKSBLATT
GÜNSTIGER GEHT'S NICHT

Politik – Wirtschaft – Sport – Kultur
Bel uns ist alles im Preis inbegriffen

Jetzt das
VOLKSBLATT
abonnieren
13 Monate für CHF 209.-

Die günstigste Tageszeitung Liechtensteins

Anrufen und bestellen 237 51 41

Profitieren Sie als
-Abonnent
von Vorzugspreisen